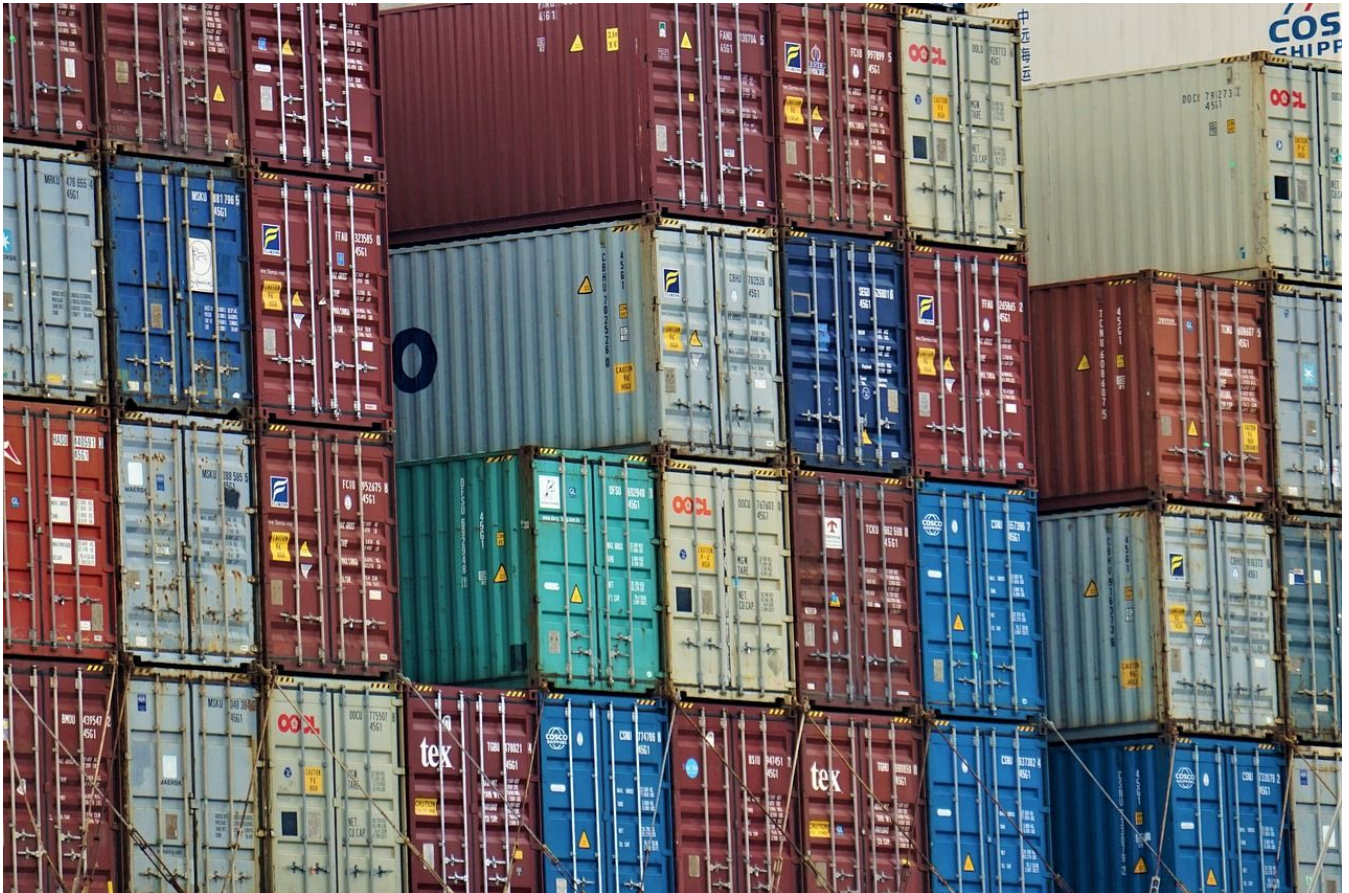


▶▶▶ Zollpolitik unter Trump



Quelle: pixabay.com

Der designierte US-Präsident Donald Trump versprach im Wahlkampf, im verarbeitenden Gewerbe Arbeitsplätze zu schaffen, indem er auf alle Importe Zölle von 10% und auf chinesische Waren von bis zu 60% einführe. Außerdem kündigte er an, US-amerikanische Unternehmen zu bestrafen, die im Ausland produzieren, Millionen von Einwanderer ohne Papiere abzuschieben und es Migranten zu erschweren, ins Land zu kommen und mit amerikanischen Arbeitern zu konkurrieren.¹

¹ <https://www.project-syndicate.org/commentary/trump-tariffs-would-hurt-us-and-global-economies-by-kaushik-basu-2024-11> (19.11.2024)

Dieser von Trump propagierte „New American Industrialism“ kam bei den Wählern gut an und auch die Finanzmärkte reagierten positiv. Der US-Dollar stieg gegenüber den meisten wichtigen Währungen und der S&P 500 verzeichnete direkt nach der Wahl seinen größten Wochen Gewinn seit einem Jahr.

Tatsächlich wird der Aufschwung der Aktienmärkte vor allem von der Erwartung deutlicher Steuersenkungen und Deregulierungen angetrieben. Was jedoch Trumps Pläne zur Einschränkung des Waren- und Personenverkehrs angeht, bleiben Experten weit weniger optimistisch.

Eine aktuelle Studie des Peterson Institute² untersucht die möglichen Folgen der von Trump vorgeschlagenen Handelsbarrieren und warnt, dass seine Importzölle zu höheren Preisen führen werden, wobei die Belastung insbesondere Haushalte mit niedrigem und mittlerem Einkommen treffen wird.

Es wird davon ausgegangen, dass Trumps Zollpolitik statt dauerhafter wirtschaftlicher Vorteile ernsthaften Schaden anrichten würde, also das Gegenteil von der Annahme, dass die langfristigen Vorteile die kurzfristigen Kosten überwiegen würden. Obwohl die Verbraucher zweifellos einen Großteil der Last tragen würden, sind sie nur ein Teil des Ganzen. Eine Zollmauer um die USA würde die Kosten für inländische Produzenten erhöhen.

Die US-Produzenten sind in hohem Maße auf Importe angewiesen. So sind die USA etwa der weltgrößte Stahlimporteur und beziehen ihre Vorräte aus 80 Ländern, darunter Brasilien, Kanada, Mexiko und China. Eine drastische Erhöhung der Stahlzölle würde daher die Kosten für in Amerika hergestellte Produkte in die Höhe treiben, die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit des Landes schwächen und letztlich Trumps erklärtes Ziel untergraben, Arbeitsplätze im verarbeitenden Gewerbe zurückzubringen.

Eine Verschärfung des Problems wäre die Einschränkung des Einsatzes ausländischer Arbeitskräfte. Indien zum Beispiel ist seit den Wirtschaftsreformen des Landes im Jahr 1991

² <https://www.piie.com/publications/policy-briefs/2024/why-trumps-tariff-proposals-would-harm-working-americans> (19.11.2024)

einer der größten Arbeitskräftelieferanten der USA. In den letzten drei Jahrzehnten war dieses Outsourcing sowohl für Indien als auch für die USA ein Segen, die digitale Revolution machte es amerikanischen Unternehmen möglich, von Indiens niedrigen Arbeitskosten zu profitieren. Eine Einschränkung des Outsourcings würde nicht nur Indiens Wirtschaft schaden, sondern auch die Produktionskosten in den USA erhöhen. Neben der verringerten Wettbewerbsfähigkeit könnten Trumps vorgeschlagene Beschränkungen weitreichende geopolitische Konsequenzen haben und möglicherweise Jahrzehnte diplomatischer Bemühungen der USA, engere Sicherheitsbeziehungen mit Indien aufzubauen, untergraben.

Eine Einschränkung des Zugangs zu billigen ausländischen Arbeitskräften würde es zudem anderen Ländern, insbesondere China, ermöglichen, US-amerikanische Firmen auf dem Produktmarkt zu überflügeln. Zeitgleich mit der US-amerikanischen Isolierung beschäftigt sich China mit dem Ausbau seiner Position in Afrika, Asien und Lateinamerika.

Die EU nimmt die Aussagen Trumps sehr ernst. Schon im Vorfeld der Wahl wurden Vorbereitungen für einen neuen großen Handelskonflikt getroffen. Die Europäische Union will ihre Wirtschaft stärken und zunächst alles tun, um einen drohenden Handelskonflikt zu vermeiden. Sollte Trump jedoch neue Zölle einführen, würde die EU aller Voraussicht nach mit Vergeltungszöllen auf US-Importe reagieren. Damit würde sich das Szenario von 2018, während der ersten Amtszeit Trumps, wiederholen. Als dieser damals Zölle auf europäische Stahl- und Aluminiumexporte im Wert von 6,4 Milliarden Euro verhängte, reagierte die EU mit „Ausgleichszöllen“ auf US-Exporte im Wert von 2,8 Milliarden Euro.³

Auch der Präsident der deutschen Bundesbank, Joachim Nagel, befürchtet deutliche Einschnitte für den Welthandel, sollte der designierte US-Präsident Trump seine Zollpläne wahr machen. Die Vergeltungsmaßnahmen der von der Zollerhöhung betroffenen Länder könnten zu einem deutlichen Anstieg des Inflationsdrucks führen. Bei einer spürbaren Verringerung der globalen Integration müsste das Eurosystem die Zinsen erhöhen, um die Inflation unter

³ <https://orf.at/stories/3375365/> (19.11.2024)

Kontrolle zu halten. Sollten die Zollpläne Trumps umgesetzt werden, könnte das Deutschland ein Prozent der Wirtschaftsleistung kosten, so Nagel.⁴

Die Zollpolitik in den USA wird vom neuen US-Präsident Donald Trump höchstwahrscheinlich verschärft werden, wird von ihm aber grundsätzlich so weitergeführt, wie unter den Präsidentschaften seiner Vorgänger begonnen.

Im Jahr 2009 führte der demokratische Präsident Barack Obama sofort nach Amtseintritt höhere Zölle auf chinesische Reifen ein. Sie stiegen um bis zu 35%. Die USA und China hielten 2011 in einer gemeinsamen Erklärung fest, dass die Welthandelsorganisation (WTO) allfällige Maßnahmen und Gegenmaßnahmen, die den Handel beeinträchtigen, überwachen soll. Während der zweiten Amtszeit Obamas verschärfte dieser den Ton gegenüber China und die USA reichten 2017 bei der WTO Klage ein wegen unfairer Vorteilsverschaffung Chinas durch günstige Darlehen oder illegale Subventionen in der Stahl- und Aluminiumindustrie. Der Streit spitzte sich während Trumps erster Amtszeit 2017 bis 2021 zu, im Januar 2018 erhöhte die US-Regierung Zölle generell auf ausländische Waschmaschinen und Solarzellen. Monate später beschloss Trump höhere Zölle auf Stahl und Aluminium aus Kanada, Mexico, Südkorea, China und der EU.

Die betroffenen Staaten reagierten mit Gegenmaßnahmen. China führte nun ebenfalls höhere Zölle auf Waren „Made in USA“ ein. Diesmal traf es Flugzeuge und Sojabohnen. In der Folge erließen beide Regierungen beinahe im Monatsschritt neue oder höhere Zölle.

Im Herbst 2018 kündigte Trump das bis dahin umfangreichste Zollpaket an: Die USA beschlossen Zölle von 10% auf chinesischen Waren im Wert von 200 Milliarden USD, die später auf 25% erhöht wurden. Zwischenzeitliche Verhandlungen zwischen den USA und China blieben weitgehend erfolglos. Zudem wollte China die amerikanischen Zollerhöhungen durch die WTO klären lassen, blitzte bei den USA allerdings ab.

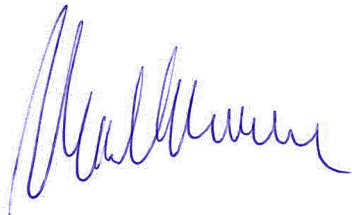
⁴ <https://www.zdf.de/nachrichten/wirtschaft/trump-zoelle-internationaler-handel-bundesbank-100.html>
(19.11.2024)

Der US-Präsident ab 2021, Joe Biden, setzte die Zollpolitik seines Vorgängers gegenüber China fort und behielt die Zölle bei. Zudem führte der Demokrat im Mai 2024 neue und höhere Zölle ein, Die Begründung ist ähnlich wie bei seinen Vorgängern: Chinas unfaire Handelspolitik gefährde die amerikanischen Unternehmen und Arbeiterschaft. Konkret hob die US-Regierung die Zölle für zahlreiche Waren an, darunter ein Anstieg für chinesische Elektroautos von 25% auf 100%, für Solarzellen von 25% auf 50%.⁵

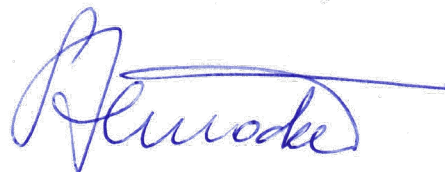
Präsident Trump will in seiner zweiten Amtszeit die Zollpolitik weiter ausweiten und jegliche chinesischen Produkte, wie eingangs erwähnt, mit einem Zoll von 60% belegen. Zudem sollen auf alle importierten Güter Zölle von bis zu 20% erhoben werden.

Ceterum censeo TradeCom Fonds esse emendum!

Mit freundlichen Grüßen



Mag. Reinhard Wallmann
(Geschäftsführer)



Mag. Margot Steinöcker
(Public Relations)

⁵ <https://www.srf.ch/news/international/us-wahlen-2024/zoelle-als-druckmittel-die-usa-im-handelsstreit-mit-der-ganzen-welt> (19.11.2024)

Risikohinweis!!!

Dies ist eine interne Unterlage und ist nur an einen ausgewählten Personenkreis gerichtet. Sie basiert auf dem Wissensstand der mit der Erstellung betrauten Personen und dient der zusätzlichen Information unserer Anleger. Unsere Analysen und Schlussfolgerung sind genereller Natur und berücksichtigen nicht die individuellen Bedürfnisse von Anlegern hinsichtlich Ertrag, steuerlicher Situation oder Risikobereitschaft. Jede Kapitalanlage ist mit Risiken verbunden. Wir übernehmen für die Vollständigkeit, Richtigkeit und Aktualität der hier wiedergegebenen Informationen und Daten sowie das Eintreten von Prognosen keine Haftung. Die Unterlage ersetzt keinesfalls eine anleger- und objektgerechte Beratung sowie umfassende Risikoaufklärung. Die steuerliche Behandlung der Fonds ist von den persönlichen Verhältnissen des jeweiligen Kunden abhängig und kann künftig Änderungen unterworfen sein.

Die Wertentwicklung der Vergangenheit lässt keine verlässlichen Rückschlüsse auf die zukünftige Entwicklung g Steuern sind in den Performanceberechnungen nicht berücksichtigt und mindern die Rendite der Veranlagung. Ertragserwartungen stellen bloße Schätzungen zum Zeitpunkt der Erstellung der Unterlage dar und sind kein verlässlicher Indikator für eine tatsächliche künftige Entwicklung.

Die aktuellen Prospekte und das Basisinformationsblatt ("BIB") sind in deutscher Sprache auf der Homepage www.securitykag.at (Unsere Fonds/Fonstdokumente) sowie am Sitz der Security Kapitalanlage AG, Burgring 16, 8010 Graz als Emittentin und der Liechtensteinische Landesbank (Österreich) AG, Hessgasse 1, 1010 Wien, als Depotbank kostenlos erhältlich.

Beratung und Verkauf erfolgen ausschließlich über befugte Wertpapierdienstleister und Banken. Alle Angaben ohne Gewähr.